



INFO + Demo-Aufruf

Bildungssenatorin will über 300 Stellen streichen und die Unterrichtsstunden für Referendar*innen erhöhen

Berlin, 28. Mai 2024

*Seit dem Schreiben der Senatsverwaltung vom letzten Mittwoch hat uns viel Empörung erreicht, aber auch die Frage, was da eigentlich genau geändert und gestrichen werden soll? Mit diesem Infoschreiben wollen wir knapp erklären, worum es geht, und warum es wichtig ist, jetzt klar die Rücknahme dieser Kürzungspläne zu fordern. Beim **Bildungsprotest am Sa. 1.6.** (Start 11 Uhr S Friedrichstraße) wollen wir auch gegen diese geplanten Kürzungen auf die Straße gehen. Lasst uns gemeinsam laut werden!*

Die wichtigsten Infos

- Mit Beginn des neuen Schuljahres sollen den Berliner Schulen **310 Vollzeitstellen** durch eine Kürzung von Profilstunden **gestrichen** werden.
- Dadurch verlieren Schulen teilweise eine ganze Lehrer*innenstelle oder mehr. Betroffen davon wären Kürzungen oder **Streichungen z.B. von zusätzlicher Sprachförderung**, besserer individuelle Förderung, temporären Lerngruppen oder Kursen im Wahlpflichtbereich oder in der Oberstufe.
- Außerdem sollen **reguläre Referendar*innen nun mehr und möglichst von Anfang 10 Stunden eigenverantwortlichen Unterricht erteilen**. Wann Hospitationen und angeleiteter Unterricht stattfinden sollen, ist unklar. Dass diese Änderung rechtskonform ist, wird angezweifelt.
- Durch die Erhöhung der Unterrichtsstunden für reguläre Referendar*innen werden Refis jetzt mit 10 statt wie bisher mit 7 Stunden in den Stundenpool der Schule eingerechnet. Die **Berliner Schulen bekommen dadurch 150 bis 160 Vollzeitstellen weniger** für voll ausgebildete Lehrkräfte zugewiesen.
- Durch diese Maßnahmen werden den Berliner Schulen Lehrkräftestellen gestrichen, Schulen schlechter statt besser ausgestattet und die **Qualität und Bedingungen im Referendariat verschlechtern sich**.

Was ist passiert?

Am letzten Mittwoch, dem 22.5.24, hat Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch ein Schreiben an alle Schulleitungen der öffentlichen Berliner Schulen verschickt. Darin kündigt sie unter anderem an, dass den allgemeinbildenden Schulen mit Beginn des neuen Schuljahres **310 Vollzeitstellen gestrichen werden sollen**. Diese Stunden stammen aus dem sogenannten Profilbedarf II, den Schulen sehr unterschiedlich einsetzen. Manche Schulen nutzen diese Stunden für zusätzliche Sprachförderung, Doppelsteckungen, bessere individuelle Förderung, Schüler*innenarbeitsstunden oder auch temporäre Lerngruppen. Andere Schulen können durch diese Stunden mehr und kleinere Kurse im Wahlpflichtbereich z.B. in der 9/10 oder in der Oberstufe anbieten. Diese Stunden sollen nach dem Willen der Senatorin nach den Sommerferien einfach wegfallen, mit anderen Worten: **Schulen verlieren teilweise mehr als eine volle Lehrer*innenstelle** und wichtige bestehende pädagogische Maßnahmen müssen

Außerdem hat die Senatorin in dem Schreiben angekündigt, dass die Zahl der **durch reguläre Referendar*innen eigenständig zu erteilenden Unterrichtsstunden** ab dem neuen Schuljahr **erhöht werden soll**. Rechnerisch sollen normale Referendar*innen 3 Wochenstunden mehr eigenständigen Unterricht erteilen.

Bisher umfasst der Ausbildungsunterricht für reguläre Referendar*innen 10 Stunden und besteht aus „**selbstständig erteiltem Unterricht, Unterricht unter Anleitung und Hospitationen**“¹. Mindestens 4 Stunden müssen selbständiger Unterricht sein, in der Praxis sind es in der Regel deutlich mehr. Die genaue Stundenzahl des eigenverantwortlichen Unterrichts ist abhängig von der Ausbildungsphase, dem Einsatz und Absprachen mit Schul- und Seminarleitung. Aber **in den 10 Stunden müssen auch angeleiteter Unterricht und Hospitationen enthalten sein**.² Bisher wird den Schulen ein regulärer Referendar mit 7 Stunden pro Woche für die Unterrichtsversorgung angerechnet. Laut dem Schreiben der Senatorin sollen ein regulärer Referendar zum neuen Schuljahr „mit 10 Stunden im Portal der Unterrichtsversorgung abgebildet“ und „so bald wie möglich [...] vorrangig oder ganz im selbstständigen Unterricht“ eingesetzt werden.

Welche Auswirkungen hätten die angekündigten Maßnahmen?

Wie oben genannt, würden Schulen allein durch die Streichung der Profilstunden ganze Stellen oder noch mehr verlieren und wichtige pädagogische Angebote (zusätzliche Sprachförderung, Doppelsteckung, Kurse im Wahlpflicht- oder Oberstufenbereich) müssten gestrichen oder gekürzt werden. Dabei brauchen Berlins Schulen mehr Unterstützung und nicht weniger. **Die geplanten Streichungen würden Schulen und Kollegien zusätzlich belasten** und Schüler*innen wichtige Unterstützung und Lernangebote nehmen.

Die Erhöhung der selbständigen Unterrichtsverpflichtung für reguläre Referendar*innen sind eine **Kürzung der Stunden** dar, die die Schulen für voll ausgebildete Lehrkräfte erhalten und diese Maßnahme **verschlechtert die Ausbildungsbedingungen** und erhöht unter Umständen die Abbruchquote von Referendar*innen. Außerdem gibt es nach Einschätzung der GEW, aber auch von Seminarleitungen Bedenken, ob die angekündigten Änderungen rechtlich überhaupt zulässig sind.

Die Änderungen bedeuten nach unserer Einschätzung,

- dass reguläre Referendar*innen ihre **Hospitationen und angeleiteten Unterricht** nun on top zusätzlich zu ihren 10 Stunden eigenverantwortlichem Unterricht, also in ihrer Freizeit durchführen sollen, **was rechtlich nicht zulässig sein dürfte**.
- oder dass die Schulleitung in Abstimmung mit den Seminar- und Fachseminarleitungen den Referendar*innen im regulären Vorbereitungsdienst ihre Hospitationen und den angeleiteten Unterricht innerhalb der 10 Stunden gewährt, die Schule dafür aber durch **eine Kürzung der Lehrer*innenstunden** bestraft wird, weil die Refis ja neuerdings mit 10 Stunden eigenverantwortlichem Unterricht bei der Stundenzuweisung eingeplant werden sollen.
- dass jede Schule weniger Stunden für regulär ausgebildete Lehrkräfte zugewiesen bekommt als bisher.

¹ Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO), § 9: <https://gesetze.berlin.de/bsbe/document/jlr-LehrVorbDStPrVBEV4P9>

² siehe ebenfalls Verordnung über den Vorbereitungsdienst und die Staatsprüfung für Lehrämter (VSLVO), § 9.

- dass Berlins Schulen damit insgesamt **150 bis 160 Vollzeitstellen weniger** für voll ausgebildete Lehrkräfte zugewiesen bekommen.

Dazu kleine Rechenbeispiele:

- Eine Schule mit 9 Referendar*innen würde ca. eine ganze Stelle weniger für voll ausgebildete Lehrkräfte zugewiesen bekommen als bisher.
- Schließlich werden einer Schule pro Referendar*in 3 Stunden weniger als bisher für voll ausgebildete Lehrkräfte zugewiesen (—> Anrechnung Refis (neu): 10 Unterrichtsstunden, Anrechnung Refis (alt): 7 Unterrichtsstunden). Bei 9 Referendar*innen wären das 27 Unterrichtsstunden.
- Nehmen wir an, dass es nach dem Sommer ähnlich wie derzeit ca. 1.400 Referendar*innen im regulären Vorbereitungsdienst geben wird. Jede*r diese*r Refis wird nun mit jeweils 10 statt wie bisher mit 7 Stunden in die Unterrichtsversorgung der Schulen einberechnet. Das wären insgesamt 4.200 Unterrichtsstunden (1.400x3 Unterrichtsstunden), was zwischen 150 und 160 Vollzeitstellen entsprechen würde, je nachdem, ob man von Oberschullehrkräften (26h Unterrichtsverpflichtung) oder Grundschullehrkräften (28h Unterrichtsverpflichtung) ausgeht. Diese 150 bis 160 Vollzeitstellen für voll ausgebildete Lehrkräfte würden den Schulen dann nicht mehr zugewiesen werden.

Warum kündigt die Senatsbildungsverwaltung diese Maßnahmen an?

In ihrem Schreiben gibt die Senatsverwaltung eine irreführende Begründung für ihre Maßnahmen an. Dort heißt es, dass die Bildungssenatorin ihre Entscheidung „im Sinne der Bildungsgerechtigkeit aller Schülerinnen und Schüler und der Solidarität gegenüber den Kolleginnen und Kollegen an Schulen in besonders herausfordernder Lage“ getroffen habe. Allerdings sind **auch Schulen in besonders herausfordernder Lage von den Stundenstreichungen betroffen**. Das Schreiben erklärt nicht, wie durch die geplanten Maßnahmen Schulen in besonders herausfordernder Lage nennenswert gestärkt werden sollen. Es heißt lediglich, dass es an gut 100 Schulen in herausfordernder Lage für die Betreuung von Praxissemesterstudierenden 2 Stunden zusätzlich geben soll. Diese Maßnahme wiegt die Streichung von hunderten Lehrkräftestellen bei Weitem nicht auf. Damit wirkt die Begründung der Senatorin für ihre Maßnahmen wenig glaubhaft und eher vorgeschoben.

Insgesamt handelt es sich um Kürzungsmaßnahmen, die die Berliner Bildungskrise und Bildungsungerechtigkeit sehr wahrscheinlich noch verschärfen werden. Nicht nur wir kommen zu dieser Einschätzung. Die GEW, der Landeselternausschuss, Schulleitungsverbände u.a. haben ebenfalls bereits Kritik an den geplanten Maßnahmen geäußert. Schule muss anders hat sich entschlossen, die Forderung nach Rücknahme der Maßnahmen auch zu einer zentralen Forderung des Bildungsprotest am Sa. 1.6. zu machen. **Die Erfahrung zeigt, dass öffentlicher Druck die Rücknahme von Kürzungsmaßnahmen durchsetzen kann**. Deswegen lasst uns am Samstag gemeinsam auf die Straße gehen und gegen die geplanten Stundenkürzungen und **für eine #Bildungswende laut werden**.

Hier kommen die Infos:

BILDUNSPROTEST BERLIN am 1. Juni

Start: 11 Uhr, Dorothea-Schlegel-Platz (nähe S-Bahn Friedrichstraße)

Abschlusskundgebung: 12:15 Uhr, Rotes Rathaus

Demo-Aufruf per Video: https://www.youtube.com/watch?v=Z7I_SvHHfo0

Kontakt:

info@schule-muss-anders.de

0151 47970251